

«Viele wissen nicht, wie Liechtenstein funktioniert»

Interview S.D. des Erbprinzen von und zu Liechtenstein mit dem Handelsblatt

Interview mit den Redakteuren Peter Brors und Ozan Demircan

Publikation: Wochenende 31. März, 1./2. April 2017, Nr. 65

Handelsblatt: Durchlaucht, Nationalismus und Protektionismus scheinen in vielen Weltregionen derzeit besonders populär zu sein. Bereitet Ihnen das Sorgen insbesondere deshalb, weil die liechtensteinische Wirtschaft ja so extrem exportorientiert ist?

Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein: Ja, tatsächlich. Bei uns hat die Industrie mit fast 40 Prozent weltweit einen der höchsten Anteile an der Wertschöpfung. Zum Vergleich: In Deutschland liegt der Wert bei 30 Prozent, in den USA bei 21 Prozent. Wenn unsere großen Konzerne wie der Werkzeughersteller Hilti, der Anlagenbauer Hoval oder der Lebensmittelproduzent Hilcona im Extremfall plötzlich ihre Produkte nur noch in Liechtenstein absetzen könnten, müssten sie wohl vom einen auf den anderen Tag schließen. Das heißt, ein möglichst freier Zugang zu den Weltmärkten ist für uns überlebenswichtig. Liechtenstein könnte keine weit entwickelte Wirtschaft besitzen, wenn sie nur auf das eigene Land ausgerichtet wäre.

Handelsblatt: Ähnliches gilt sicher für den Finanzplatz Liechtenstein? Da mussten Sie allerdings selbst aktiv werden und sich mit Transparenz internationalem Druck in Fragen der Geldwäsche und Steuerhinterziehung beugen, um die eigene Zukunft zu sichern.

Erbprinz Alois: Stimmt. Der Finanzplatz hat eine herausfordernde Transformationsphase durchlaufen, die noch nicht ganz abgeschlossen ist. Der automatische Informationsaustausch mit den EU-Staaten über das in Liechtenstein verwaltete Vermögen von ausländischen Bürgern dieser Länder ist seit 1. Januar 2016 in Kraft und im September dieses Jahres wird der erste Austausch stattfinden. Über die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum ist Liechtenstein gut in Europa integriert und der Finanzplatz hervorragend positioniert.

Können Sie ausschließen, dass ihr Land in Zukunft nicht noch einmal negative Schlagzeilen macht, weil zweifelhafte Gelder lateinamerikanischer oder afrikanischer Diktatoren in Liechtenstein vermutet oder sogar entdeckt werden?

Kein Staat und kein Unternehmen können garantieren, dass Gesetze und Bestimmungen nicht unterlaufen und missbraucht werden. Wir haben von unserer Seite aber alles getan, um präventiv zu wirken. Für unseren Kampf gegen Geldwäsche bekommen wir im internationalen Vergleich durchwegs gute Noten.

Geldwäsche, also der Transfer von Geldern aus kriminellen Geschäften wie Korruption und Waffenhandel in den gewöhnlichen Wirtschaftskreislauf ist das eine. Wie sieht es mit Fällen rund um die gewöhnliche Steuerhinterziehung aus? Wäre heute in Liechtenstein noch ein Fall denkbar wie jener des ehemaligen Post-Chefs Klaus Zumwinkel, der beim deutschen Fiskus nicht deklarierte Gelder in ihrem Fürstenstaate versteckt hatte?

Kaum. Durch die Einführung des automatischen Informationsaustausches ist Liechtenstein für die gewöhnliche Steuerhinterziehung unattraktiv geworden.

Auch ihr Regierungschef Adrian Hasler hat kürzlich betont, dass das Modell Steueroase mit Bankgeheimnis nicht mehr zukunftsfähig ist. Gleichzeitig will die Schweiz einen automatischen Austausch über Geldgeschäfte ihrer Bürger in Liechtenstein erreichen. Das aber wird in Vaduz nicht so gern gesehen, hört man. Sie hätten stattdessen auf den Austausch lieber verzichtet und eine Art Abgeltungssteuer eingeführt. Wie passt das zusammen?

Einerseits wollten wir uns erst einmal auf den gerade vereinbarten Austausch mit den EU-Ländern konzentrieren. Sie müssen das ja auch alles vernünftig umsetzen. Andererseits wollten wir mit der Schweiz einen leicht adaptierten automatischen Informationsaustausch ausführen der auch die Abwicklung von Selbstanzeigen erleichtert. Eine solche Adaption hat sich dann aber für die Schweiz als zu aufwendig herausgestellt. Der Informationsaustausch soll nun voraussichtlich am 1. Januar 2018 in der üblichen Form in Kraft treten.

Anders gefragt: Oder wollen Sie die Anonymität für die Schweizer Bürger vor allem deshalb weiter schützen, weil Sie sonst neuerlich den Abzug mehrerer Milliarden Franken fürchten? Immerhin bilden die Schweizer in Vaduz und Umgebung die umfassendste ausländische Investorengruppe.

Nein. Allein die seit einiger Zeit laufenden bilateralen Gespräche zwischen beiden Ländern über dieses Thema haben doch wohl schon dafür gesorgt, dass die meisten, die hier nicht versteuerte Gelder horten, bereits Schritte unternommen haben. Das ist, um in der Sprache der Wirtschaft zu bleiben, wahrscheinlich schon längst diskontiert.

Wie hat sich überhaupt das in Liechtenstein einst weit verzweigte Treuhandwesen entwickelt vor dem Hintergrund, dass Sie seit einiger Zeit konsequent von Transparenz und Informationsaustausch sprechen? Neben der unstrittig hohen Qualifikation in Geldangelegenheiten war dieser Wirtschaftszeit ja besonders dabei behilflich, mit Hilfe von Stiftungen, so genannten Briefkastenfirmen, besonders diskrete Geldanlageformen zu organisieren?

Das Massengeschäft mit den Stiftungen ist abgewandert, die Zahl der Stiftungen ist stark zurückgegangen. Die verbliebenen, zumeist größeren Stiftungen werden nun den neuen regulatorischen Anforderungen entsprechend intensiver betreut und beraten. Grosse Vermögen müssen rechtlich und steuerlich gut strukturiert werden und für diese Kompetenz ist das liechtensteinische Treuhandwesen weiterhin sehr gefragt. Allerdings wird heute noch zusätzliches Spezialwissen und in der Regel eine kritische Größe benötigt, was auch zu einer Konsolidierung im Treuhandwesen führt.

Sind Sie in gewisser Weise ein Stückweit froh, dass durch die internationalen Forderungen nach Transparenz und den damit erzwungenen Änderungen auch die Abhängigkeit Liechtensteins von seinem Image als Steueroase gesunken ist?

Es ist erfreulich, dass sich das Image Liechtensteins geändert hat und insbesondere unsere starke Exportindustrie viel mehr wahrgenommen wird. Ohne den internationalen Beschuss wäre manches vielleicht einfacher gewesen. Aber jetzt ist der Prozess beinahe abgeschlossen und die Zahlen im Bankensektor sind nun wieder auf einem Niveau wie vor den Krisenjahren.

Wie steht der Bankensektor nach der Diskussion um das Bankgeheimnis und der internationalen Finanzkrise insgesamt dar?

In Liechtenstein musste keine einzige Bank mit Staatsgeldern gerettet werden. Das System hat sich als sehr stabil herausgestellt. Und es gibt jetzt wieder Wachstum durch Zufluss an Kundengeldern. Auch weil der Finanzplatz wegen seiner hohen politischen Stabilität sehr geschätzt wird.

Zuletzt hat die Bank Ihrer Familie, die LGT, in Asien zugekauft, und zwar das dortige Geschäft von ABN Amro. Warum?

Es war eine gute Gelegenheit, 20 Milliarden Dollar an Kundengeldern im schnell wachsenden asiatischen Markt hinzuzubekommen. Außerdem sind wir schon seit vielen Jahren in Asien vor Ort. Wir haben dort eine sehr hohe Expertise.

Könnten Sie sich auch einen Zukauf in Deutschland vorstellen? Vor sechs Jahren wollte die LGT ja die BHF-Bank übernehmen, was aber an einem behördlichen Veto scheiterte, weil der Finanzplatz Vaduz damals noch nicht die internationalen Standards bezüglich Transparenz einhielt.

Deutschland ist ein grosser, aber schwieriger Markt, auf dem im Private Banking bisher kaum eine ausländische Tochterbank wirklich erfolgreich war. Heute wäre ein Zukauf sicher einfacher. Aber es gibt diesbezüglich derzeit keine weitergehenden Überlegungen.

In welchen Feldern soll künftig in Liechtenstein investiert werden?

Erstens in das Bildungssystem: Wir müssen unsere Bevölkerung auf die Herausforderungen der Digitalisierung gut vorbereiten. Wir kennen hier zwar so gut wie keine Arbeitslosigkeit. Aber der Markt sucht jetzt zunehmend Qualifikationen, für die wir hier nicht ausreichend Fachspezialisten haben. Das müssen wir ändern. Und zweitens: Wir müssen die digitale Infrastruktur stärken.

Hat das Land denn dafür das Geld? Liechtenstein gilt zwar als das wohlhabendste Land weltweit, musste aber, nicht zuletzt ausgelöst durch den starken Schweizer Franken, mit dem auch in Liechtenstein bezahlt wird, Rückgänge bei den Staatseinnahmen von über 15 Prozent hinnehmen.

Wir mussten in der Tat bei den Staatsausgaben grosse Einsparungen vornehmen und sollten uns noch mehr auf die wesentlichen Aufgaben fokussieren. So können wir auch die in Zukunft nötigen Investitionen finanzieren.

Waren Sie eigentlich überrascht, als die Schweizer Nationalbank vor zwei Jahren die Kopplung zwischen Franken und Euro aufhob?

Ja. Die Aufhebung stand zwar im Raum, sie wurde aber nicht angekündigt und damit war der Zeitpunkt überraschend. Im ersten Moment war es ein gewisser Schock, aber auch der ist überwunden. Unsere Wirtschaft setzt seither noch stärker auf Innovationen und Effizienz. Und das macht uns in Summe mittelfristig noch stärker.

Der Historiker David Beattie schrieb in „Liechtenstein. Geschichte und Gegenwart“ in Krisenzeiten habe das Fürstentum häufig einfach gehofft, „dass es in dem allgemeinen Chaos niemand bemerken würde“. Ist das auch ein guter Rat für die Gegenwart?

Wenn man sich die Geschichte des Landes anschaut, dann konnten wir sicher unsere Unabhängigkeit auch deshalb behalten, weil wir so klein waren, dass wir kaum aufgefallen sind. Ich glaube, diesen Ausspruch muss man in diesem Kontext verstehen. So haben wir selbst kritische Momente während den Zeiten von Napoleon und Hitler überlebt. Die Welt hat sich aber gewandelt. Seit wir internationalen Organisationen beigetreten sind, wie der UNO etwa im Jahr 1990, und auch seit dem Wandel des Finanzplatzes, ist es wichtiger geworden, den Standort bekannt zu machen und auch zu erklären. Viele wissen gar nicht, wie Liechtenstein funktioniert. Früher war es durchaus eine Überlebensstrategie, wenn man übersehen worden ist. Heute ist es eher so, dass man richtig wahrgenommen werden muss, um zu überleben.

Durchlaucht, wir bedanken uns für das Gespräch.